

Der Kampf um die Währungshoheit

30.07.2021 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Dass das bestehende weltweite Fiat-Geldsystem zusehends in schwieriges Fahrwasser gerät, ist unübersehbar. Wohin es treibt, ist aber unklar. Eine besorgniserregende Entwicklung wäre das Entstehen eines einheitlichen Weltgeldes; ein Hoffnungsschimmer wäre ein freier Markt für Geld.

"Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem." - Röm. 12,21

Warum Geld so wichtig ist

Für eine moderne, leistungsfähige Volkswirtschaft ist Geld - das allgemein akzeptierte Tauschmittel - zu unverzichtbar. Geld erleichtert das Tauschen, befördert dadurch die friedvolle und produktive Arbeitsteilung und hebt den Wohlstand der Menschen.

Der entscheidende Grund dafür ist: Mit Geld lässt sich eine Wirtschaftsrechnung durchführen. Indem die Menschen Geld als Rechnungseinheit, als allgemeine Bezugsgröße ("Numeraire"), verwenden, lässt sich die Rentabilität auch der komplexesten und aufwendigsten Produktionswege ermitteln und miteinander vergleichen. Das wiederum erlaubt den Marktakteuren, rationale Entscheidungen zu treffen, also was wann wo und wie und in welcher Menge zu produzieren und zu konsumieren ist.

Die produktive Wirkung des Geldes wird bestmöglich ausgeschöpft, wenn alle an der Arbeitsteilung teilnehmenden Menschen das gleiche Geld verwenden, also mit dem gleichen Geld ihre Wirtschaftsrechnung betreiben, national wie international.

So gesehen wäre ein Geld auf der Welt optimal. Diese ökonomische Einsicht war übrigens im letzten Viertel des 19. Jahrhundert Wirklichkeit: Alle wirtschaftlich bedeutenden Volkswirtschaften verwendeten Gold als Geld. Gold war quasi unausgesprochen das Weltgeld. Es vernetzte alle Volkswirtschaften auf das Engste miteinander, die internationale Arbeitsteilung wurde zum Nutzen aller Beteiligten vertieft. Doch leider: Den Repräsentanten der Staaten, die bekanntlich nach politischer Macht streben, war das Goldgeld ein Dorn im Auge.

Guter Goldstandard, schlechter Goldstandard

Nicht alles, was als Goldstandard bezeichnet wird, war (und ist) ein Goldstandard im wohlverstandenen ökonomischen Sinne. Ein "echter Goldstandard" zeichnet sich durch eine Reihe von Eigenschaften aus.

(1) Geld läuft in Form von Goldmünzen (Kurantmünzen) sowie Banknoten und Giroguthaben um, die jederzeit vollumfänglich in physisches Gold bei den Emittenten der Banknoten und Giroguthaben eingetauscht werden können.

(2) Die Geldmenge entspricht der physisch verfügbaren Währungsgoldmenge, und sie kann nur durch Förderung von neuem Gold oder Umwidmung von zum Beispiel Schmuck- und Industriegold in monetäres Gold vergrößert werden.

(3) Die Banken operieren mit einer Volldeckung: Das heißt, die ausstehende Geldmenge (Banknoten und Giroguthaben) ist zu 100 Prozent mit physischem Gold der Kunden gedeckt. (4) Wenn Banken Kredite vergeben (an Private, Unternehmen und/oder Staaten), dann wird lediglich vorhandenes Geld vom Sparer/Investor zum Schuldner weitergereicht; die ausstehende Geldmenge bleibt davon unberührt.

Vor diesem Hintergrund fällt es nicht schwer zu erkennen, dass es in der jüngeren Währungsgeschichte keinen "echten" Goldstandard gab, sondern bestenfalls so etwas wie einen "Pseudo-Goldstandard".

Selbst im ausgehenden 19. Jahrhundert, das häufig als das "Zeitalter des klassischen Goldstandards" bezeichnet wird, gab es keine Währungsordnung, die mit Fug und Recht als "echter Goldstandard" hätte bezeichnet werden können. Denn nicht nur Geschäftsbanken, auch Zentralbanken selbst operierten hier mit einer Teilreserve - gaben also mehr Geld aus, als sie durch physisches Gold decken konnten. Das sorgte immer wieder für große Probleme: Spekulationswellen, Banken-Pleiten, Wirtschaftskrisen und hohe Arbeitslosigkeit.

Das System von Bretton Woods war eine ganz besonders fragwürdige Ausprägung eines Pseudo-Goldstandards. Im Kern handelte es sich um einen Dollar-Devisen-Standard: Es war der US-Geldpolitik im Prinzip erlaubt, die Dollar-Geldmenge auch ohne entsprechende Golddeckung auszuweiten. Und bei festen Wechselkursen mussten die übrigen Nationen, die ihre Währungen an den US-Dollar gebunden hatten, eine solche inflationäre US-amerikanische Politik mitmachen. Kurzum: In der jüngeren Währungsgeschichte gab es keinen "echten Goldstandard".

Folglich sollte man auch nicht vorschnell historische Krisenentwicklungen als Ursache des Goldgeldstandards deuten. Vielmehr sind die großen wirtschaftlichen und monetären Erschütterungen (wie etwa die "Große Depression" 1929/33 oder die "Große Inflation" in den 1970er/ 1980er Jahren Folge von Verstößen gegen die Regeln des Goldgeldsystems, also gegen den "echten Goldstandard", zu interpretieren.

Den Ersten Weltkrieg, spätestens aber den Zweiten Weltkrieg, nutzten viele Staaten aus, um das Goldgeld loszuwerden, es durch ihr eigenes ungedecktes Geld - ihr "Fiat-Geld" - zu ersetzen. Bei Kriegsende 1945 hatten nahezu alle wichtigen Währungen keine Golddeckung mehr. Die Ausnahme bildete der US-Dollar. Allerdings hatten auch die US-Amerikaner bereits eine radikale Kehrtwende vollzogen.

Ab 1933 wurde in den USA der private Goldbesitz unter Strafe verboten. Die US-Banken mussten die Goldbestände ihrer Kunden an das Schatzamt abliefern, im Gegenzug dafür bekamen sie US-Dollar-Banknoten und -Giroguthaben bei der US-Zentralbank. Der US-Dollar war nur noch einlösbar in physisches Gold im Zusammenhang mit internationalen Zahlungen zwischen Zentralbanken.

Im Jahr 1944 beschlossen 730 Vertreter aus 44 Nationen das System von Bretton Woods. Der US-Dollar wurde zur "Weltreservewährung" erkoren. 35 US-Dollar entsprachen einer Feinunze Gold (also 31,10347... Gramm).

Alle anderen wichtigen Währungen der Welt wurden mit einem festen Wechselkurs an den Dollar gebunden. Auf diese Weise hatten auch sie eine - indirekte - Verankerung im physischen Gold. Dieser sogenannte Dollar-Devisen-Standard hatte allerdings einige Schwachstellen. Die USA verfügten bei Kriegsende über etwa Zweidrittel der weltweiten Goldwährungsreserven. Andere Länder konnten nur Goldreserven aufbauen, wenn sie gegenüber den USA Exportüberschüsse erzielten, die USA also dauerhaft eine negative Handelsbilanz auswiesen.

Inflationäre Geldpolitik

Dennoch funktionierte der Dollar-Devisen-Standard (der Pseudo-Goldstandard) von Bretton Woods zunächst recht gut. Die Volkswirtschaften erholten sich, der Welthandel kam wieder in Gang. Doch in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren verstrickten sich die USA zusehends in eine aggressive Außenpolitik. Sie wurde vor allem durch Ausgabe von neuen US-Dollar finanziert, die nicht durch Gold gedeckt waren. Die Folge war hohe Inflation. Das Vertrauen in den US-Dollar schwand. Immer mehr Nationen wollten daraufhin ihre US-Dollar-Guthaben in physisches Gold eintauschen.

Die US-amerikanische Goldreserve schmolz dahin wie Schnee in der Sonne. Amerika drohte zahlungsunfähig zu werden. Am 15. August 1971 beendete daher US-Präsident Richard Nixon (1913–1994) die Goldeinlösbarkeit des US-Dollar. Mit diesem unilateralen Beschluss hob die US-Administration ein weltweites ungedecktes Geldsystem, ein Fiat-Geldsystem, aus der Taufe. Seither wird in allen Volkswirtschaften der Welt neues Geld per Kreditvergabe "aus dem Nichts" durch Zentralbanken und Geschäftsbanken in Umlauf gebracht.

Das ungedeckte Geld ist alles andere als unproblematisch. Es leidet - wie die ökonomische Theorie aufzeigen kann - unter einer ganzen Reihe von ökonomischen und ethischen Defekten. Es ist chronisch inflationär, seine unablässige Vermehrung lässt seine Kaufkraft schwinden. Dabei begünstigt es einige wenige auf Kosten vieler - so gesehen ist es im wahrsten Sinne des Wortes "unsozial". Das ungedeckte Geld sorgt zudem für inflationäre Spekulationsblasen, für Wirtschaftsstörungen ("Boom-und-Bust"), und es führt vor allem auch zu immer größeren Schuldenbergen und zu einem immer mächtiger werdenden Staat auf Kosten der bürgerlichen und unternehmerischen Freiheiten.

Nicht zu vernachlässigen ist zudem die unvorteilhafte Wirkung auf die internationale Arbeitsteilung und den Handel. Die Vielzahl von Währungen und ihre schwankenden Wechselkurse erschweren die internationale Arbeitsteilung, lässt die Treffsicherheit der Wirtschaftsrechnung hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben. Das Auf und Ab der Wechselkurse, die sich nur allzu leicht von ihrem "Fundamentalwert" fortbewegen können, sorgt für Fehler bei der Kapitalallokation, und auch das geht zu Lasten von Wachstum und

Beschäftigung für die weltweite Wirtschaft.

Bei internationalen Handels- und Finanzmarktgeschäften setzt man traditionell auf relativ wenige Währungen. Auch Jahrzehnte nach dem Ende des Systems von Bretton Woods ist der US-Dollar die weltweit bedeutendste Transaktionswährung, allen Unkenrufen zum Trotz.

Beispielsweise lauteten Ende 2019 54,5% aller grenzüberschreitend gehaltenen Bankguthaben auf US-Dollar, nur 25,8% auf Euro und lediglich 2,5% auf japanische Yen; ein ähnliches Bild zeigt sich im internationalen Kreditmarkt. Es ist folglich nicht übertrieben zu sagen, dass die Weltwirtschaft nach wie vor am US-Dollar hängt. Das wiederum ruft - und aus ganz unterschiedlichen Gründen - Forderungen auf den Plan, diesen währungstechnischen Status Quo zu reformieren.

Vorteile einer Einheitswährung

Dabei taucht ein Vorschlag immer wieder auf: nämlich eine einheitliche Weltwährung zu schaffen. Ökonomisch betrachtet wäre das zunächst einmal - wie bereits gesagt - durchaus sinnvoll: Wenn alle Menschen auf der Welt ein einheitliches Geld gebrauchen, dann wird produktive Wirkung des Geldes quasi optimiert. Die Problematik dabei ist jedoch: Wer entscheidet, was als Weltgeld Verwendung finden soll?

Auf diese Frage gibt es zwei grundsätzlich mögliche Antworten: Der freie Markt oder der Staat, die Staatengemeinschaft, entscheidet. Die erste Möglichkeit scheint, wie die Dinge heute stehen, verbaut zu sein. Schließlich haben die Nationalstaaten in ihrem Territorium das Geldmonopol inne. Die Staaten befinden sich also in der "Geldfrage" zweifellos in einer machtvollen Position als der freie Markt.

Wie eine Welteinheitswährung rein praktisch geschaffen werden kann, das hat beispielsweise der kanadische Ökonom Robert Mundell (1932–2021) anhand der von ihm befürworteten Weltwährung "INTOR" erklärt: Die Wechselkurse der großen Währungen der Welt - US-Dollar, Euro, chinesischer Renminbi und japanischer Yen - sind gegenüber der Rechnungseinheit INTOR zu fixieren und durch eine vereinheitlichte Geldpolitik zu steuern.

Andere Währungen sollen nachfolgend in den INTOR aufgenommen werden. Mundells Konzept ist übrigens bereits zur Anwendung gekommen: Der Euro ist ein Mundell'sches "Weltwährungsprojekt im Kleinen": Im Jahr 1999 wurden 11 nationale Währungen in die Einheitswährung Euro überführt. Was im Kleinen möglich ist, lässt sich natürlich auch "im Großen", auf globaler Ebene, durchführen.

Die zunehmende Digitalisierung des Zahlungsverkehrs und das Aufkommen neuer digitaler Transaktionslösungen könnten sich diesbezüglich als ein Katalysator erweisen. Man denke nur etwa an "Libra", die monetäre Infrastruktur, die vom BigTech-Giganten Facebook angedacht wurde. Ursprünglich sollte Libra ein Korb von nationalen Währungen sein, in enger Anlehnung an das Sonderziehungsrecht (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) beziehungsweise die Europäische Währungseinheit (ECU).

Doch gegen die Libra-Idee haben die Staaten und Zentralbanken Einspruch erhoben. Ihnen zufolge darf Facebooks "Stablecoin" kein Währungskorb und damit so etwas wie eine "Weltwährung" sein; sie wollen an ihrem Währungsmonopol festhalten. Libra - mittlerweile umbenannt in "Diem" - darf nur als "Token" für eine einzelne nationale Währung angeboten werden; gestartet wird Diem nun wohl mit einer US-Dollar-Deckung.

Das Aufkommen von Libra/Diem, aber vor allem auch von Bitcoin & Co hat die Zentralbanken zum Gegenangriff animiert. Viele von ihnen wollen digitales Zentralbankgeld (englisch: Digital Central Bank Currency (DCBC)) ausgeben. Das digitale Zentralbankgeld ist zum einen eine Konkurrenz zum Bargeld, es hat das Potential, Münzen und Banknoten zu verdrängen. Zum anderen ist es aber auch ein möglicher Ersatz für Bankguthaben. Das wird etwa dann der Fall sein, wenn Bankguthaben jederzeit 1:1 in digitales Zentralbankgeld eingetauscht werden können: Warum sollte man schließlich sein hart erspartes Geld bei unsicheren Geschäftsbanken parken, wenn man es doch auch bei der sicheren Zentralbank halten kann?

Durch die Eintauschmöglichkeit von Geschäftsbankengeld in digitales Zentralbankgeld treten die Zentralbanken aber nicht nur in Konkurrenz zu Bargeld und Geschäftsbankengeld. Es passiert noch etwas: Wenn Geschäftsbankengeld 1:1 eintauschbar wird in digitales Zentralbankgeld, wird die unzweifelhafte Kreditqualität der Zentralbank - sie kann ja nicht Pleite gehen, weil sie in unbeschränktem Ausmaß Geld zur Bezahlung ihrer eigenen Verbindlichkeiten produzieren kann - auf den Geschäftsbankensektor übertragen.

Im Kern läuft das auf eine staatliche Versicherung der Kreditmarktrisiken hinaus: Die Einführung von digitalem Zentralbankgeld wird in den Kapitalmärkten die Sorgen verpuffen lassen, Geschäftsbanken könnten künftig noch zahlungsunfähig werden.

Schritte in Richtung Weltwährung

Das wird den Anreiz für die Bankvorstände, immer und überall kaufmännisch sinnvolle Kreditentscheidungen zu treffen, verringern. Die Fähigkeit der Märkte, Kreditausfallrisiken angemessen zu bewerten, schwindet beziehungsweise wird verunmöglicht. Die Fehllenkung von Kapital ist die unweigerliche Konsequenz einer solchen de facto Verstaatlichung des Kreditmarktes.

Unter diesen Bedingungen dürfte auch das Interesse privater Investoren abnehmen, Banken neues Eigenkapital zur Verfügung zu stellen: Wer investiert noch sein Kapital, wenn es nicht risikogerecht verzinst wird? Der Staat, der aus Eigeninteresse die Geschäftsbanken liquide halten will, wird bei Eigenkapitalknappheit der Banken in die Bresche springen (müssen) und die benötigten Mittel bereitstellen (müssen); und so wird die Saat für die (Voll-)Verstaatlichung der Banken gelegt.

Die Ausgabe von digitalem Zentralbankgeld könnte sich also als ein bedeutender Schritt erweisen, um eine weltweite Einheitswährung aus der Taufe zu heben.

Unterliegen Banken und Kreditmärkte erst einmal vollends dem "staatlichen Schutz" - vor allem als Folge der breiten Akzeptanz von digitalem Zentralbankgeld -, lassen sich Verwerfungen, die bei einer international koordinierten Geldpolitik und einer daran sich anschließenden Verschmelzung nationaler Währungen in eine Einheitswährung entstehen können, in den Griff bekommen beziehungsweise vermeiden: Wenn die Märkte wissen, dass die Zentralbanken für Kredit- und Zahlungsausfallrisiken der Banken eintreten, dann wird es unabhängig von der Marktsituation kaum Zweifel an der Kreditqualität der Geldhäuser beziehungsweise Spekulationswellen gegen das Vorhaben, ein politisches Weltgeld zu schaffen, geben.

So gesehen könnte gerade die Einführung des digitalen Zentralbankgeldes eine Art Katalysator sein, um die Idee einer einheitlichen Weltwährung tatsächlich in die Tat umsetzen zu können.

Doch ist eine Entwicklung denkbar, in der sich die USA, Europa, China und Japan - um nur die größten Volkswirtschaften zu nennen - bereithalten, ihre nationale Währungssouveränität zu Gunsten einer Welteinheitswährung aufzugeben? Warum sollte ein Nationalstaat die Hoheit über das Geld aus der Hand geben? Eine zunehmende real- und finanzwirtschaftliche Integration der Volkswirtschaften erhöht zweifellos die ökonomischen Anreize, dem Schaffen einer Einheitswährung zuzustimmen; das Argument, mit einer Einheitswährung lassen sich die Wirtschaftsrechnung und damit Wachstum und Beschäftigung verbessern, kann man nicht so ohne weiteres entkräften.

Zweifelsohne wird natürlich der politische Wille der großen Volkswirtschaften entscheidend sein, deren Bereitschaft und Fähigkeit voranzuschreiten und die übrigen Volkswirtschaften nachzuziehen - selbst wenn letztere nur mit Zähneknirschen einwilligen. Doch werden die Staaten sich in der Geldfrage einig werden?

Eine Antwort darauf lässt sich aus heutiger Sicht nicht mit Gewissheit geben. Allerdings spricht einiges dafür, dass die vergangenen und gegenwärtigen Entwicklungstendenzen in diese Richtung weisen: Wenn die Lösung der drängenden Probleme der Zeit - wie zum Beispiel Finanz- und Wirtschaftskrisen, Terrorismus, Klima und Gesundheit - zusehends der globalen Zusammenarbeit der Staaten anvertraut werden soll, wenn auf Zentralisierung und nicht auf Dezentralisierung gesetzt wird, dann werden auch zusehends die Bedingungen für die Möglichkeit zur Schaffung einer Welteinheitswährung geschaffen.

Eine beunruhigende Aussicht

Die Aussicht auf eine Welteinheitswährung, die von einer von der Gemeinschaft von Staaten getragenen Weltzentralbank monopolisiert wird, ist nun aber alles andere als beruhigend. Vor allem weil es absehbar ein ungedecktes Geld wäre, ein Fiat-Weltgeld. Und das würde nicht nur alle ökonomischen und ethischen Defekte aufweisen, unter denen das nationale Fiatgeld auch leidet, es würde sie auch noch potenzieren und globalisieren.

Mit dem Fiat-Weltgeld kann die Weltzentralbank beispielsweise einen Boom in Gang setzen, der Fehlentwicklungen und Spekulationsblasen größten Ausmaßes verursacht. Und da ein Fiat-Weltgeld eine Konkurrenz hat, kann es stärker inflationiert werden als das nationale Fiatgeld durch die nationalen Zentralbanken; für Bürger und Unternehmer gibt es ja keine Ausweichmöglichkeiten mehr in eine andere Währung, sie sind im Weltgeld sprichwörtlich gefangen.

Mit einer Weltzentralbank wären zudem viele sehr schwierige Entscheidungen verbunden. Beispielsweise die Frage, wie stark die Geldmenge ausgeweitet werden soll und nach welcher Regel. Entwicklungsländer plädieren für eine Ausweitung der Geldmenge pro Kopf, die entwickelten Volkswirtschaften fordern eine am Wirtschaftswachstum orientierte Geldmengenausweitung.

Die Interessenkonflikte, die dabei entstehen, können leicht zu Intrigen, Streit und Zank zwischen den Nationen ausarten. Zudem ist die Missbrauchsgefahr eines staatlichen Weltgeldmonopols erschreckend groß. Die Weltzentralbank kann beispielsweise das Bargeld per Handstreich abschaffen, ohne Kapitalflucht befürchten zu müssen; oder sie kann negative Zinsen erheben und damit eine weitreichende Umverteilung von Einkommen und Vermögen herbeiführen.

Vor allem mit der Verbreitung des digitalen Zentralbankgeldes - das nicht nur das Bargeld, sondern auch das Geschäftsbankengeld beiseite drängt - erhält die Weltzentralbank eine besorgniserregende Machtfülle. Die de facto allmächtige Weltzentralbank kann dann letztlich bestimmen, wer unter welchen Bedingungen Zugang zum Zahlungssystem und zu den Finanzmärkten bekommt und wer nicht; zu denken wäre hier an ein Sozialkredit-System a la China.

Sie kann auch alle finanziellen Transaktionsdaten einsehen (in Zeiten der Künstlichen Intelligenz wird das ein leichtes sein), und die finanzielle Privatsphäre der Menschen wäre endgültig perdū. Allein schon aus diesen Gründen erscheint eine staatlich monopolisierte Weltwährung als ein Wegbereiter für ein tyrannisches System. Doch glücklicherweise ist der Weg in ein Fiat-Weltgeld nicht alternativlos.

Für einen freien Markt für Geld

Die Alternative ist, zur "währungshistorischen Normalität" zurückzukehren und einen freien Markt für Geld zuzulassen, den Menschen also die Freiheit zurückzugeben, ihr Geld selbst auswählen zu können. Die Geldnachfrager wären es dann, die entscheiden, welches Gut sie als Geld verwenden wollen: beispielsweise Gold, Silber oder Kryptoeinheiten.

Um einen freien Markt für Geld zu ermöglichen, sind sämtliche Steuern (Mehrwerts- und Kapitalertragssteuer), die auf die möglichen "Geldkandidaten" erhoben werden, sowie auch Restriktionen, die grenzüberschreitenden Transaktionen entgegenstehen, abzuschaffen. In einem freien Markt werden die Menschen "gutes Geld" nachfragen (sie werden nicht schlechtes Geld nachfragen, genauso wie sie gute Turnschuhe und nicht schlechte nachfragen), und gutes Geld wird sich durchsetzen.

Ganz in diesem Sinne lässt sich das Aufkommen der Kryptoeinheiten interpretieren: Bitcoin & Co sind in einem (relativ) freien Markt, ohne staatlichen Eingriff, entstanden, und sie konkurrieren mit den staatlichen Fiat-Währungen um die Geldfunktion. Auch sind mittlerweile Anbieter für digitalisierte Wertaufbewahrungs- und Zahlungssysteme für Gold- und Silbergeld entstanden.

So gesehen lässt sich sagen: Ein freier Markt für Geld ist nur möglich, er ist im wahrsten Sinne des Wortes "natürlich". Der Kampf um die Währungshoheit im digitalen Zeitalter ist in vollem Gange. Noch haben zwar die staatlichen Währungen die Nase vorn, vor allem weil die "Macht der menschlichen Gewohnheit" dem Staatsgeld in die Hände spielt, aber auch weil die Staaten ihren Währungen steuerliche und regulative Vorteile gewähren, mit denen konkurrierenden Geldarten das Leben bewusst schwer gemacht wird. Doch der Kampf ist noch nicht entschieden.

Wenn Wohlstand und Frieden auf der Welt befördert werden sollen, dann ist die Abkehr vom staatlichen Geldmonopol unausweichlich, gerade auch vor dem Hintergrund der Drohkulisse einer möglichen Welteinheitswährung. Diese Schlussfolgerungen entspringen Erkenntnissen, die die ökonomische Theorie bereithält. Sie wird derzeit leider kaum gehört, wird übertönt von Lehren, die das staatliche Geldmonopol als gut und richtig anpreisen, und die die Idee des freien Marktes für Geld ignorieren oder diskreditieren.

Die Idee eines freien Marktes für Geld lässt sich aber nicht aus der Welt schaffen, wie das Entstehen der Märkte für Kryptoeinheiten nur zu deutlich zeigt, und wie auch die seit Jahrtausend unverrückbare Stellung des Goldes als "Grundgeld der Menschheit" kundtut. Kurzum: Es gibt überzeugende volkswirtschaftliche Gründe, die Suche nach esserem Geld, einen freien Markt für Geld zuzulassen. Denn letztlich geht es bei der Gestaltung des Geldes um eines: das friedvolle und produktive Zusammenleben der Menschen, national wie international, zu befördern.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit
Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](https://www.goldseiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/504345--Der-Kampf-um-die-Waehrungshoheit.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).